

Bessere Drohnenabwehr gefordert

MAXIMILIAN PLÜCK

Um Kommunen in NRW bei Großevents wie Volksfesten im Kampf gegen Bedrohungen aus der Luft zu stärken, werden Rufe nach Spezialisten bei den Bezirksregierungen laut.

DÜSSELDORF Angesichts der wachsenden Bedrohungen und unklarer Zuständigkeiten hat sich der Deutsche Beamtenbund in Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) dafür ausgesprochen, die Kommunen bei Großveranstaltungen wie Volksfesten, Konzerten oder Demonstrationen gegen Gefahren aus der Luft zu unterstützen. „Durch die zunehmende Verfügbarkeit und technologische Weiterentwicklung von Drohnen müssen moderne Sicherheitskonzepte den Luftraum zwingend einbeziehen, wir sehen hier einen akuten Handlungsbedarf“, sagte Roland Staude, Landesvorsitzender des DBB, unserer Zeitung.

Unzureichend vorbereitet?

In einem Papier des DBB heißt es dazu: „Die Kombination aus visuellem Schock, technischer Hilflosigkeit und der Enge einer Großveranstaltung macht Drohnenschwärme zu einem hocheffizienten Werkzeug für die Erzeugung von Massenpaniken.“ Herkömmliche Sicherheitskonzepte seien bisher kaum oder nur unzureichend auf Bedrohungen aus der Luft vorbereitet. Das gezielte Stören oder Abfangen eines gesamten Schwarms sei auf dicht besiedelten Plätzen zudem schwierig, da herabstürzende Drohnen oder Bestandteile wiederum Menschen am Boden verletzen könnten.

Der DBB schlägt vor, dass ein Drohnenabwehrbeauftragter bereits in der Planungsphase von Volksfesten frühzeitig in die Erstellung des Sicherheitskonzepts einbezogen werden, beziehungsweise den Veranstaltern als fester Ansprechpartner mit Rat und Tat zur Seite stehen solle. „Dieser verantwortlichen Fachkraft obliegen die Risikoanalyse und Gefährdungsabschätzung sowie die Auswahl geeigneter Präventivmaßnahmen“, heißt es in dem Papier. Angesiedelt werden solle er bei den Bezirksregierungen.

Die Kommunen zeigten sich vorsichtig aufgeschlossen. Aus der Geschäftsstelle des Städte- und Gemeindebunds NRW hieß es, ein zusätzlicher Ansprechpartner für Fragen der Drohnenabwehr könnte insbesondere bei der fachlichen Beratung und der frühzeitigen Einbindung in die Planungsprozesse hilfreich sein. „Wichtig ist jedoch, dass

dadurch keine weiteren bürokratischen Hürden entstehen und die ohnehin schon sehr hohen Anforderungen an Veranstalter und Kommunen nicht noch weiter verschärft werden.“ Sicherheitsmaßnahmen müssten wirksam, aber auch finanziell leistbar und praktisch umsetzbar sein. Immer weiter wachsende Sicherheitsanforderungen führten bereits heute zu erheblichem Kosten- und Personalaufwand. Christina Kampmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, nannte den Vorschlag bedenkenswert. „Er sollte von der Landesregierung zeitnah auf seine Praktikabilität geprüft werden. Ein solcher Beauftragter wäre allerdings nur ein erster Schritt auf Landesebene.“